CDU-Fraktion

(Antrag Nr. 0788/2013)

Eingereicht am 10.04.2013 um 10:45 Uhr.

Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Rechnungsprüfung, Verwaltungsausschuss, Ratsversammlung

---

Zusatzantrag der CDU-Fraktion zur Änderung der Vergnügungsteuersatzung, Drucks. Nr. 0562/2013 N2

Antrag zu beschließen:

Der Antragstext wird wie folgt ergänzt:

Die Verwaltung legt den Ratsgremien bis zu den Sommerferien eine Drucksache vor, die darstellt, wie Maßnahmen zur Suchtprävention im Zusammenhang mit den Zielsetzungen des Glücksspielstaatsvertrages, z.B. durch verstärkte Kontrollen hinsichtlich Aufenthalt und Nutzung der Geräte durch Jugendliche, besser als bisher umgesetzt werden können.

Begründung:

Trotz der vergangenen Erhöhung der Vergnügungsteuer ist bislang der erwünschte Effekt, dass weniger Spielautomaten in der Landeshauptstadt Hannover betrieben würden, ausgeblieben. Zudem steigt die Zahl der Spielsüchtigen immer weiter an. Besonders gefährdet sind hier Jugendliche. Aus diesem Grund wäre es wünschenswert, dass aus den Mehreinnahmen in eine verstärkte und weiterführende Prävention investiert wird. Hierzu gehört auch die personelle Aufstockung für die Kontrolle der Präventionsmaßnahmen.

Jens Seidel
Vorsitzender

Hannover / 10.04.2013